



17.01.2018: Offiziell heißt es bei beiden Branchenriesen: Die Nachfrage nach großen Dampf- und Gasturbinen wäre wegen der "Energiewende" gesunken. Dass dies nicht stimmt, kann man schon daran ablesen, dass ausgerechnet die Siemensstandorte in Deutschland geschlossen (Görlitz, Leipzig) oder verkauft (Erfurt) werden sollen, die bislang kleine und mittlere Maschinen gebaut haben. Dazu kommt, dass beispielsweise das Werk Leipzig mit seinen Turboverdichtern kaum etwas mit der "Energiewende" zu tun hat, weil deren Turboverdichter hauptsächlich für den Transport von Öl, Gas und anderen Chemikalien benötigt werden. Was steckt also dahinter?

Es stimmt, dass durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien (Wind, Sonne, Wasser) in Mitteleuropa der Bedarf an großen Gas- und Dampfturbinen zurückgegangen ist. Weltweit sieht die Marktentwicklung jedoch anders aus:

- Die Stromerzeugung steigt weiter stark an, sowohl durch Umwandlung fossiler Brennstoffe (Kohle, Öl, Gas, Uran) als auch erneuerbarer Energien.
- Viele veraltete Kraftwerke mit niedrigem Wirkungsgrad (sog. Dreckschleudern) müssen durch moderne, hocheffiziente Dampf- und Kombikraftwerke ersetzt werden, solange der sog. 'Grünstrom' wegen unzureichenden Netzen, Wärme- und Stromspeicher zu wenig grundlasttauglich ist.

Weltweite Überkapazitäten und Verlagerung



Durch den rasanten Kraftwerksboom in China, Indien und Saudi-Arabien haben nicht nur chinesische, indische und koreanische Kraftwerksbauer ihre Kapazitäten drastisch erhöht, sondern auch General Electric (GE) und Siemens. So hat Siemens in Dammam (Saudi-Arabien) ein Montagewerk für mittlere und große Gasturbinen gebaut, was zulasten des Standortes Berlin geht. Außerdem hat Siemens seinen Anteil an

einem Joint Venture mit dem größten chinesischen Anbieter (Shanghai Electric) auf 40% aufgestockt. Parallel dazu baut GE in Indien und China Fabrikkapazitäten auf.

Nun sind die Zuwachsraten im chinesischen Kraftwerksbau zurückgegangen, so dass in Asien Überkapazitäten vorhanden sind. Siemens reagiert darauf, dass die Produktion von kleinen und mittleren Maschinen nach Asien (China/Indien) verschiebt, um dort Auslastung und Profite zu steigern. Dafür will sich Siemens von den Standorten Erfurt (500 Beschäftigte; kleine und mittlere Generatoren), Görlitz (700 Beschäftigte; kleinen und mittlere Dampfturbinen) und Leipzig (270 Beschäftigte; Verdichter) trennen.

Vor einem Jahr wurde bereits der Standort Frankenthal (Pfalz) für kleine Dampfturbinen verkauft. GE reagierte etwas früher und schließt die früheren ALSTOM-Standorte Stuttgart (Kessel), Bexbach (Turbinenschaufeln) und Mannheim (große Gas- und Dampfturbinen).

Erstaunlich ist, dass bisher nur die (alte) französische und die schweizer Regierung in die GE-Kahlschlagpläne eingegriffen haben und so Fabrikschließungen in Frankreich und der Schweiz bisher verhindert haben. Der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hielt sich raus. Genauso wie jetzt seine Nachfolgerin Brigitte Zypries (SPD) in Sachen Siemens. Beide Konzerne haben in der Vergangenheit reichliche Steuervergünstigungen und Fördergelder abkassiert.



So bleibt den betroffenen Siemens-Belegschaften nur noch übrig, den ökonomischen und politischen Preis für die Produktionsverlagerungen zu hoch zu treiben, dass es sich für die Konzernleitung und Aktionäre nicht mehr lohnt. Ansonsten könnte für Ersatzarbeitsplätze gekämpft werden. Und zwar beispielsweise durch

- Ausbau des Standortes Cuxhaven für Windmühlen
- Wiedereinstieg in das Wüstenstromprojekt für solarthermische Kraftwerke
- Rückbau von Kernkraftwerken (z.B. durch Bau von Castoren)
- Bau von Strom- und Wärmespeicher für eine echte Energiewende.

txt: Joachim Schubert, Mannheim

siehe auch

- [Siemens-Beschäftigte gegen den Kahlschlag: Joe Kaeser unter Druck](#)